

Brüssel, den 4. Juni 2026  
(OR. en)

10126/26

ECOFIN 735  
UEM 213  
SOC 323  
EMPL 152  
COMPET 682  
ENV 625  
EDUC 207  
ENER 324  
JAI 736  
GENDER 63  
JEUN 104  
SAN 400  
*ECB*  
*EIB*

#### ÜBERMITTLUNGSVERMERK

---

Absender:	Frau Martine DEPREZ, Direktorin, im Auftrag der Generalsekretärin der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	3. Juni 2026
Empfänger:	Frau Thérèse BLANCHET, Generalsekretärin des Rates der Europäischen Union

---

Nr. Komm.dok.:	COM(2026) 210 final
Betr.:	Empfehlung für eine EMPFEHLUNG DES RATES zur Wirtschafts-, Sozial-, Beschäftigungs-, Struktur- und Haushaltspolitik Frankreichs

---

Die Delegationen erhalten als Anlage das Dokument COM(2026) 210 final.

---

Anl.: COM(2026) 210 final



EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

Brüssel, den 3.6.2026  
COM(2026) 210 final

Empfehlung für eine

**EMPFEHLUNG DES RATES**

**zur Wirtschafts-, Sozial-, Beschäftigungs-, Struktur- und Haushaltspolitik Frankreichs**

{SWD(2026) 210 final}

Empfehlung für eine

## **EMPFEHLUNG DES RATES**

**zur Wirtschafts-, Sozial-, Beschäftigungs-, Struktur- und Haushaltspolitik Frankreichs**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 121 Absatz 2 und Artikel 148 Absatz 4,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2024/1263 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2024 über die wirksame Koordinierung der Wirtschaftspolitik und über die multilaterale haushaltspolitische Überwachung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 3 Absatz 3,

auf Empfehlung der Europäischen Kommission,

unter Berücksichtigung der Entschließungen des Europäischen Parlaments,

unter Berücksichtigung der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates,

nach Stellungnahme des Beschäftigungsausschusses,

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Finanzausschusses,

nach Stellungnahme des Ausschusses für Sozialschutz,

nach Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaftspolitik,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit der der Verordnung (EU) 2024/1263 wurden die Ziele des Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung festgelegt, der durch Reformen und Investitionen gesunde und auf Dauer tragfähige öffentliche Finanzen, ein nachhaltiges und inklusives Wachstum sowie die Resilienz fördern und übermäßige öffentliche Defizite verhindern soll. Die Verordnung sieht vor, dass der Rat und die Kommission die multilaterale Überwachung im Rahmen des Europäischen Semesters im Einklang mit den im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) festgelegten Zielen und Anforderungen durchführen. Das Europäische Semester umfasst insbesondere die Formulierung der länderspezifischen Empfehlungen und die Überwachung ihrer Umsetzung.
- (2) Am 16. Juli 2025 nahm die Kommission ihren Vorschlag für eine Verordnung zur Einrichtung des Europäischen Fonds für wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt, Landwirtschaft und den ländlichen Raum, Fischerei und Meere, Wohlstand und Sicherheit für den Zeitraum 2028-2034 sowie zur Änderung der

---

<sup>1</sup> Verordnung (EU) 2024/1263 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2024 über die wirksame Koordinierung der Wirtschaftspolitik und über die multilaterale haushaltspolitische Überwachung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates (ABl. L, 2024/1263, 30.4.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1263/oj>).

Verordnung (EU) 2023/955 und der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509<sup>2</sup> an. Der Vorschlag zielt darauf ab, die Wirksamkeit der Unionsförderung zu erhöhen, indem die Fragmentierung der Finanzarchitektur verringert wird und die Mitgliedstaaten bei der Koordinierung ihrer Wirtschaftspolitik im Einklang mit Artikel 175 AEUV unterstützt werden.

- (3) Am 25. November 2025 gab die Kommission eine Stellungnahme zur Übersicht über die Haushaltsplanung Frankreichs 2026 ab. Am selben Tag nahm die Kommission auf der Grundlage der Verordnung (EU) Nr. 1176/2011 den Warnmechanismus-Bericht 2026 an, worin Frankreich nicht als einer der Mitgliedstaaten genannt wurde, bei denen eine eingehende Überprüfung angezeigt war. Die Kommission legte außerdem eine Empfehlung für eine Empfehlung des Rates zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets vor sowie eine Empfehlung für eine Empfehlung des Rates zum Humankapital in der Europäischen Union und einen Vorschlag für den gemeinsamen Beschäftigungsbericht 2026, in dem die Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien und der Grundsätze der Europäischen Säule sozialer Rechte analysiert werden. Der Rat nahm die Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets<sup>3</sup> am 21. April 2026 und den Gemeinsamen Beschäftigungsbericht sowie die Empfehlung zum Humankapital am 9. März 2026 an.
- (4) Am 29. Januar 2025 veröffentlichte die Kommission den Kompass für Wettbewerbsfähigkeit, einen strategischen Rahmen, mit dem die globale Wettbewerbsfähigkeit der Union in den kommenden fünf Jahren gestärkt werden soll. Darin werden die drei Handlungsfelder Innovation, Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit sowie die Sicherheit als entscheidende Säulen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum genannt. Das Europäische Semester ist auf den Kompass für Wettbewerbsfähigkeit abgestimmt, sodass sichergestellt ist, dass die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten mit den strategischen Zielen der Kommission im Einklang steht und bei der wirtschaftspolitischen Steuerung ein einheitlicher Ansatz verfolgt wird, der in der gesamten Union nachhaltiges Wachstum, Innovation und Resilienz fördert.
- (5) Das Europäische Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung verläuft 2026 weiterhin parallel zur letzten Phase der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF)<sup>4</sup>. Die Aufbau- und Resilienzpläne sowie die Mittel der Kohäsionspolitik waren für die Verwirklichung der politischen Prioritäten im Rahmen des Europäischen Semesters von wesentlicher Bedeutung, da mit diesen Plänen alle oder wesentliche Teile der in den einschlägigen länderspezifischen Empfehlungen der letzten Zyklen der wirtschaftspolitischen Koordinierung genannten Herausforderungen wirksam angegangen und bei Programmen, die mit Mitteln der europäischen Kohäsionspolitik

---

<sup>2</sup> Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Europäischen Fonds für wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt, Landwirtschaft und den ländlichen Raum, Fischerei und Meere, Wohlstand und Sicherheit für den Zeitraum 2028-2034 sowie zur Änderung der Verordnung (EU) 2023/955 und der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 (COM(2025) 565 final). Die vorgeschlagene Verordnung ist derzeit Gegenstand von Verhandlungen mit den beiden gesetzgebenden Organen.

<sup>3</sup> ABl. C, C/2026/2434, 28.4.2026, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2026/2434/oj>.

<sup>4</sup> Verordnung (EU) 2021/241 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Februar 2021 zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität (ABl. L 57 vom 18.2.2021, S. 17, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2021/241/oj>).

finanziert wurden, die länderspezifischen Empfehlungen berücksichtigt werden mussten. Auch kurz vor ihrem Auslaufen bleibt die Aufbau- und Resilienzfähigkeit sehr wichtig, um die in ihrem Rahmen unterstützten und durchgeführten Reformen und Investitionen aufrechtzuerhalten, insbesondere diejenigen, die zur Bewältigung der in den länderspezifischen Empfehlungen genannten Herausforderungen beitragen.

- (6) Am 3. Juni 2026 veröffentlichte die Kommission den Länderbericht für Frankreich 2026. Darin werden die Fortschritte des Landes bei der Umsetzung der einschlägigen länderspezifischen Empfehlungen und der Stand der Durchführung des Aufbau- und Resilienzplans durch Frankreich bewertet. Ausgehend von dieser Bewertung werden im Länderbericht die dringendsten Herausforderungen aufgezeigt, mit denen Frankreich konfrontiert ist. Ferner werden in dem Bericht auch die Fortschritte Frankreichs bei der Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte, bei der Verwirklichung der Kernziele der Union in den Bereichen Beschäftigung, Kompetenzen und Armutsbekämpfung sowie bei den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung bewertet.
- (7) Am 21. Januar 2025 nahm der Rat auf der Grundlage der Bewertung und der Empfehlung der Kommission eine Empfehlung zur Billigung des nationalen mittelfristigen finanzpolitisch-strukturellen Plans Frankreichs<sup>5</sup> an. Der Plan erstreckt sich auf den Zeitraum von 2025 bis 2029 und sieht eine Haushaltsanpassung über sieben Jahre vor. Der Rat empfahl die folgenden Obergrenzen für das Nettoausgabenwachstum: 0,8 % im Jahr 2025, 1,2 % im Jahr 2026, 1,2 % im Jahr 2027, 1,2 % im Jahr 2028 und 1,1 % im Jahr 2029, was den kumulierten maximalen Wachstumsraten entspricht, die bezogen auf das Basisjahr 2023 berechnet wurden (4,6 % im Jahr 2025, 5,8 % im Jahr 2026, 7,1 % im Jahr 2027, 8,4 % im Jahr 2028 und 9,5 % im Jahr 2029). In den Jahren 2025-2029 entsprechen diese Obergrenzen für das Nettoausgabenwachstum dem Korrekturpfad, den der Rat am 21. Januar 2025 in seiner Empfehlung nach Artikel 126 Absatz 7 AEUV zur Beendigung des übermäßigen Defizits<sup>6</sup> skizziert hatte. Auf der Grundlage der Bewertung der Kommission vom 3. Juni 2026 in Bezug auf die Wirksamkeit von Maßnahmen<sup>7</sup> ruht das Defizitverfahren gegen Frankreich.
- (8) Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und seine Auswirkungen stellen eine existenzielle Herausforderung für die Europäische Union dar. Um eine rasche und signifikante Aufstockung der Verteidigungsausgaben zu bewirken, forderte die Kommission die Mitgliedstaaten auf, eine koordinierte Aktivierung der nationalen Ausweichklausel im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu beantragen<sup>8</sup>. Dieser Vorschlag wurde vom Europäischen Rat am 6. März 2025 begrüßt. Die Mitgliedstaaten können nach wie vor bis 2028 jederzeit die Aktivierung der nationalen

---

<sup>5</sup> Empfehlung des Rates vom 21. Januar 2025 zur Billigung des nationalen mittelfristigen finanzpolitisch-strukturellen Plans Frankreichs (ABl. C, C/2025/659, 10.2.2025, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2025/659/oj>).

<sup>6</sup> Empfehlung des Rates mit dem Ziel, das übermäßige Defizit in Frankreich zu beenden, angenommen am 21. Januar 2025. Alle Dokumente zum Defizitverfahren gegen Frankreich sind abrufbar unter: [https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-governance-framework/stability-and-growth-pact/corrective-arm-excessive-deficit-procedure/excessive-deficit-procedures-overview/france\\_en](https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-governance-framework/stability-and-growth-pact/corrective-arm-excessive-deficit-procedure/excessive-deficit-procedures-overview/france_en).

<sup>7</sup> Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank: Europäisches Semester 2026 – Frühjahrspaket (COM(2026)302 final).

<sup>8</sup> Mitteilung der Kommission vom 19.3.2025 über die Erhöhung der Verteidigungsausgaben im Stabilitäts- und Wachstumspakt (C(2025) 2000 final).

Ausweichklausel beantragen, wenn sie die in Artikel 26 der Verordnung (EU) 2024/1263 festgelegten Kriterien erfüllen.

- (9) Am 7. Mai 2026 legte Frankreich seinen jährlichen Fortschrittsbericht 2026<sup>9</sup> über die Einhaltung der empfohlenen Obergrenzen für das Nettoausgabenwachstum, die Umsetzung der Reformen und Investitionen, die der Verlängerung des Anpassungszeitraums zugrunde liegen, und die Umsetzung jener Reformen und Investitionen vor, mit denen die in den länderspezifischen Empfehlungen des Europäischen Semesters genannten größten Herausforderungen in Angriff genommen werden sollen. Der jährliche Fortschrittsbericht spiegelt auch die in Artikel 27 der Verordnung (EU) 2021/241 vorgeschriebene halbjährliche Berichterstattung Frankreichs über die Fortschritte bei der Umsetzung des Aufbau- und Resilienzplans wider. Der Bericht über die im Rahmen des Defizitverfahrens ergriffenen Maßnahmen wird in den jährlichen Fortschrittsbericht aufgenommen.
- (10) Das reale BIP-Wachstum lag 2025 bei 0,8 % und die HVPI-Inflation bei 0,9 %. Die Kommission geht in ihrer Frühjahrsprognose 2026 von einem realen BIP-Wachstum um 0,8 % im Jahr 2026 und 1,1 % im Jahr 2027 sowie einer HVPI-Inflation von 2,4 % im Jahr 2026 und 1,8 % im Jahr 2027 aus.
- (11) Nach den von Eurostat bereitgestellten Daten<sup>10</sup> ist das gesamtstaatliche Defizit Frankreichs von 5,8 % des BIP im Jahr 2024 auf 5,1 % des BIP im Jahr 2025 gesunken. Der Rückgang des Defizits im Jahr 2025 ist hauptsächlich auf einnahmensteigernde Maßnahmen von rund 0,5 % des BIP und Maßnahmen zur Senkung von Ausgaben – hauptsächlich für den öffentlichen Verbrauch und soziale Transferleistungen – im Umfang von fast 0,3 % des BIP sowie darauf zurückzuführen, dass die Steuereinnahmen schneller wachsen als das nominale BIP. Diese Einnahmendynamik war hauptsächlich das Ergebnis indirekter Steuern und der Körperschaftsteuer. Diese Faktoren konnten den Anstieg der Zinszahlungen auf die Staatsverschuldung um 0,2 Prozentpunkte, der auf eine höhere Verschuldung und höhere Zinssätze für neu emittierte Anleihen zurückzuführen war, mehr als ausgleichen. Ausgehend von den zum Prognosestichtag bekannten Politikmaßnahmen rechnet die Kommission in ihrer Frühjahrsprognose 2026 für 2026 und 2027 mit einem Defizit von 5,1 % bzw. 5,7 % des BIP. Das unveränderte Defizit im Jahr 2026 ist auf eine Reihe von Faktoren zurückzuführen. Einerseits spiegelt es einnahmensteigernde Maßnahmen im Umfang von 0,5 % des BIP wider (wovon 0,3 % des BIP vorübergehenden Maßnahmen entsprechen), darunter die Verlängerung der Sonderabgabe großer Unternehmen, die Zusatzsteuer auf hohe Einkommen und die Erhöhung des allgemeinen Sozialbeitrags auf Finanzerträge sowie die im Haushaltsplan 2026 vorgesehenen Kürzungen der Ausgaben für verschiedene Ministerien und öffentliche Verwaltungen. Andererseits dürfte das Wachstum der Steuereinnahmen – ohne Berücksichtigung der Auswirkungen dieser Maßnahmen – leicht hinter dem Wirtschaftswachstum zurückbleiben. Darüber hinaus dürfte der Konflikt im Nahen Osten neben seinen negativen Auswirkungen auf das Wachstum zusätzliche direkte Auswirkungen in Höhe von 0,2 % des BIP auf den Haushalt haben, was auf die höheren Zinsen für inflationsindexierte Anleihen (0,1 % des BIP), die geringeren Einnahmen aufgrund der an den Mindestlohn gekoppelten Entlastungen

---

<sup>9</sup> Die jährlichen Fortschrittsberichte 2026 sind abrufbar unter: [https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-and-fiscal-governance/stability-and-growth-pact/preventive-arm/annual-progress-reports\\_en](https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-and-fiscal-governance/stability-and-growth-pact/preventive-arm/annual-progress-reports_en).

<sup>10</sup> Eurostat-Euroindikatoren vom 22.4.2026.

von Sozialversicherungsbeiträgen und die höheren Militärausgaben für Einsätze in der Gegend zurückzuführen ist. Diese Auswirkungen dürften durch die im April angekündigten zusätzlichen Ausgabeneinsparungen weitgehend ausgeglichen werden. Der Anstieg des Defizits im Jahr 2027 ist in erster Linie durch das Auslaufen befristeter einnahmenseitiger Maßnahmen im Umfang von 0,3 % des BIP im Jahr 2026 bedingt.

- (12) Nach Schätzungen der Kommission war der haushaltspolitische Kurs<sup>11</sup>, der sowohl die auf nationaler Ebene als auch die aus dem EU-Haushalt finanzierten Ausgaben umfasst, im Jahr 2025 restriktiv (haushaltspolitische Restriktion um 0,9 % des BIP). Für 2026 wird eine haushaltspolitische Restriktion um 0,9 % des BIP und für 2027 eine haushaltspolitische Expansion um 0,3 % des BIP erwartet.
- (13) Nach den von Eurostat bereitgestellten Daten<sup>12</sup> ist der gesamtstaatliche Schuldenstand Frankreichs von 112,6 % des BIP Ende 2024 auf 115,6 % des BIP Ende 2025 gestiegen. Der Anstieg der Schuldenquote im Jahr 2025 ist in erster Linie auf das hohe Primärdefizit und steigende Zinszahlungen zurückzuführen, wodurch die schuldensenkende Wirkung des nominalen Wachstums mehr als ausgeglichen wurde. Ausgehend von den zum Prognosestichtag bekannten Politikmaßnahmen rechnet die Kommission in ihrer Frühjahrsprognose 2026 damit, dass die Schuldenquote bis Ende 2026 auf 118,1 % und bis Ende 2027 weiter auf 120,2 % ansteigen wird. Dieser Anstieg in den Jahren 2026 und 2027 ist hauptsächlich auf dieselben Faktoren wie im Jahr 2025 zurückzuführen.
- (14) Eurostat-Daten<sup>13</sup> zufolge beliefen sich die gesamtstaatlichen Verteidigungsausgaben Frankreichs im Jahr 2025 auf insgesamt 1,9 % des BIP. Laut der Frühjahrsprognose 2026 der Kommission dürften die gesamtstaatlichen Verteidigungsausgaben im Jahr 2026 insgesamt 2,1 % des BIP ausmachen.
- (15) Die Union ist weiterhin mit dem Risiko von Unterbrechungen der Energieversorgung und erhöhter Preisvolatilität konfrontiert, was durch geopolitische Spannungen, die sich auf die globalen Öl- und Gasmärkte auswirken, noch verschärft wird. Die Erfahrungen aus der Energiekrise in den Jahren 2022 und 2023 haben gezeigt, dass breit angelegte und ungezielte Maßnahmen die öffentlichen Finanzen stark belasten und sozial und wirtschaftlich ineffizient sind. Seit Ausbruch des Krieges im Nahen Osten im Februar 2026 hat Frankreich eine Reihe gezielter haushaltspolitischer Maßnahmen ergriffen, um die Auswirkungen der hohen Energiepreise auf Haushalte und Unternehmen abzufedern<sup>14</sup>. Dazu gehören Erstattungen im April und Mai in Höhe von rund 20 Cent je Liter Kraftstoff für Kleinunternehmen und KMU, die im öffentlichen Verkehr, der Fischerei (in diesem Fall gelten erhöhte Sätze im Mai), im Baugewerbe oder im öffentlichen Bauwesen tätig sind, eine ähnliche Erstattung für Geringverdiener, die Privatfahrzeuge beruflich nutzen, für den Zeitraum von April bis

---

<sup>11</sup> Der haushaltspolitische Kurs gibt die jährliche Veränderung der zugrunde liegenden gesamtstaatlichen Haushaltslage an. Er dient der Bewertung des wirtschaftlichen Impulses, der von den auf nationaler Ebene sowie aus dem EU-Haushalt finanzierten haushaltspolitischen Maßnahmen ausgeht. Gemessen wird der haushaltspolitische Kurs als Differenz zwischen i) dem mittelfristigen Potenzialwachstum und ii) der Veränderung der Primärausgaben abzüglich diskretionärer einnahmenseitiger Maßnahmen, aber einschließlich der mit nicht rückzahlbarer Unterstützung (Zuschüssen) aus der Aufbau- und Resilienzfazilität und anderen EU-Fonds finanzierten Ausgaben.

<sup>12</sup> Eurostat-Euroindikatoren vom 22.4.2026.

<sup>13</sup> Eurostat, nach dem Verwendungszweck klassifizierte Staatsausgaben (COFOG).

<sup>14</sup> Stand: Stichtag der Frühjahrsprognose 2026 der Kommission (4. Mai 2026).

Juni, die Verbrauchsteuererstattung in Höhe von 4 Cent pro Liter Agrarkraftstoff für Landwirte im April, die im Mai auf 15 Cent pro Liter angehoben wurde, und die außerordentliche Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge für die am stärksten betroffenen Landwirte im April. Grundsätzlich sollen diese Maßnahmen im Juni 2026 auslaufen, und ihre in der Frühjahrsprognose 2026 der Kommission berücksichtigten Kosten belaufen sich auf weniger als 0,1 % des BIP. Nach Schätzungen der Kommission würde diese Belastung 2026 unter 0,1 % bleiben, wenn die Maßnahmen bis Ende 2026 in Kraft blieben.

- (16) Ausgehend von den Berechnungen der Kommission dürften die Nettoausgaben Frankreichs im Jahr 2025 um 0,7 % und in den Jahren 2024 und 2025 kumulativ um 4,0 % steigen. Das Nettoausgabenwachstum im Jahr 2025 liegt unter der empfohlenen Obergrenze. Werden die Jahre 2024 und 2025 zusammen betrachtet, wird das kumulierte Nettoausgabenwachstum ebenfalls unter der empfohlenen Obergrenze bleiben.
- (17) Ausgehend von den Berechnungen der Kommission dürften die Nettoausgaben Frankreichs im Jahr 2026 um 1,4 % und in den Jahren 2024, 2025 und 2026 kumulativ um 5,4 % steigen. Das Nettoausgabenwachstum im Jahr 2026 soll den Projektionen zufolge über der empfohlenen Obergrenze liegen, was bei jährlicher Betrachtung einer Abweichung von 0,1 % des BIP entspricht. Werden die Jahre 2024, 2025 und 2026 zusammen betrachtet, wird das projizierte kumulierte Nettoausgabenwachstum unter der empfohlenen Obergrenze bleiben.
- (18) In der Empfehlung zur Billigung des mittelfristigen Plans Frankreichs sind die Reformen und Investitionen, die der Verlängerung des Anpassungszeitraums zugrunde liegen, sowie ein Zeitplan für deren Umsetzung festgelegt. Unter Berücksichtigung der von Frankreich in seinem jährlichen Fortschrittsbericht vorgelegten Informationen stellt die Kommission fest, dass die Umsetzung der wichtigsten Schritte dieser Reformen und Investitionen, die bis zum 30. April 2026 fällig waren, weitgehend planmäßig zu verlaufen scheint. Die Neuregelung der an den Mindestlohn gekoppelten Entlastungen von Sozialversicherungsbeiträgen hat jedoch zu geringeren Einsparungen geführt als geplant. Die Kommission ist der Auffassung, dass Frankreich seinen Verpflichtungen insgesamt in zufriedenstellender Weise nachgekommen ist. Mit Blick auf die Zukunft ist festzustellen, dass die Rentenreform von 2023 bis Januar 2028 ausgesetzt wurde<sup>15</sup>.
- (19) In Frankreich bestehen weiterhin hohe Risiken für die mittelfristige Tragfähigkeit und mittlere Risiken für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. Eine umfassende und kohärente Haushaltsstrategie sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite ist erforderlich, um das Potenzialwachstum anzukurbeln und den öffentlichen Schuldenstand auf einen Abwärtspfad zu bringen, damit seine Tragfähigkeit gewährleistet werden kann. Im Jahr 2025 waren die öffentlichen Ausgaben Frankreichs mit 57,2 % des BIP weiterhin die zweithöchsten in der EU und lagen um 7,7 Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt. Die Kommission geht in ihrer Frühjahrsprognose 2026 davon aus, dass diese Differenz auch im Jahr 2026 weiter bei rund 7 Prozentpunkten liegen wird. Die anhaltend hohen öffentlichen Ausgaben in Frankreich werfen Effizienzbedenken auf und erfordern zudem eine hohe

---

<sup>15</sup> Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank: Europäisches Semester 2026 – Frühjahrspaket (COM(2026) 200 final).

Gesamtsteuerlast, was wiederum die wirtschaftliche Effizienz beeinträchtigt. Eine dauerhafte Haushaltskonsolidierung in Frankreich erfordert daher entschlossene Maßnahmen, was die Höhe, Zusammensetzung und allgemeine Effizienz der öffentlichen Ausgaben betrifft. Zu diesem Zweck sind im Vergleich zu den im mittelfristigen finanzpolitisch-strukturellen Plan Frankreichs enthaltenen Verpflichtungen verstärkte Sparanstrengungen erforderlich. Eine kohärente und wirksame Strategie zur dauerhaften Senkung der öffentlichen Ausgaben bei gleichzeitiger Verbesserung ihrer Qualität muss sich systematisch auf ehrgeizige und umfassende Ausgabenüberprüfungen stützen, die im Mittelpunkt des Haushaltsverfahrens stehen und mit den mittelfristigen Prioritäten im Einklang stehen. Dies würde nicht nur zur Haushaltskonsolidierung beitragen, sondern auch das Wachstumspotenzial Frankreichs stärken, indem öffentliche Mittel in wachstumsfreundlichere Maßnahmen gelenkt werden.

- (20) Mit 14,6 % des BIP im Jahr 2023 sind die öffentlichen Rentenausgaben in Frankreich relativ hoch. Dem Bericht über die Bevölkerungsalterung 2024 zufolge wird der Altersabhängigkeitsquotient in den kommenden Jahrzehnten erheblich steigen: von 38,2 % im Jahr 2022 auf 53,2 % im Jahr 2050 und 57,8 % im Jahr 2070. Das tatsächliche Renteneintrittsalter wiederum ist niedrig und lag im Jahr 2022 bei 62,2 Jahren. Unter anderem hat die Rentenreform von 2023 dazu beigetragen, die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu verbessern, indem die Anhebung der Beitragszeit für den Bezug einer vollen Rente beschleunigt und das Mindestalter für den Renteneintritt schrittweise angehoben wurde, um die Beschäftigung und das Potenzialwachstum zu steigern. In seinem mittelfristigen finanzpolitisch-strukturellen Plan verpflichtete sich Frankreich, die Auswirkungen der Rentenreform von 2023 auf die finanzielle Tragfähigkeit des Systems im Zeitraum 2026-2040 beizubehalten. Im Dezember 2025 wurde die Reform jedoch bis Januar 2028 ausgesetzt. Diese Aussetzung führt zu einer Verschlechterung des gesamtstaatlichen Haushaltssaldos bis Mitte der 2030er Jahre, einem Anstieg des öffentlichen Schuldenstands und einer Dämpfung der positiven Auswirkungen der Reform auf den Arbeitsmarkt, während die oben genannten Herausforderungen noch immer beträchtlich sind.
- (21) Die Steuerlast in Frankreich liegt nach wie vor deutlich über dem EU-Durchschnitt. Im Jahr 2025 lagen die Steuereinnahmen in Frankreich bei 44,3 % des BIP, gegenüber 39,9 % im Durchschnitt der EU-27, und auch der implizite Steuersatz auf Arbeit und die vom Arbeitgeber gezahlten Steuern auf Arbeit gehörten zu den höchsten in der EU. Mit 4,4 % des BIP im Jahr 2024 liegen auch die besonders wachstumsschädlichen Produktionsabgaben deutlich über dem EU-Durchschnitt (2,4 % des BIP), was die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt. Die Produktionsabgaben, insbesondere die Steuern und Abgaben auf die Lohnsumme, auf Grundstücke, Gebäude und andere Strukturen, liegen über dem EU-Durchschnitt. Die Verbrauchsteuern wiederum sind relativ niedrig, obwohl sie weniger verzerrend wirken. Gleichzeitig erhöhen die zahlreichen Steuerausgaben und sozialpolitischen Steuervergünstigungen die Komplexität des Steuersystems, erschweren den effizienten Ressourceneinsatz und führen zu einer hohen Haushaltsbelastung (von fast 6 % des BIP im Jahr 2025). Ein wachstumsfreundlicherer Steuermix würde eine umfassende Haushaltsstrategie erfordern, die darauf abzielt, das Potenzialwachstum und die allgemeine Effizienz des Steuersystems zu steigern und gleichzeitig die Haushaltskonsolidierung zu unterstützen. Eine Verringerung der steuerlichen Belastung des Faktors Arbeit (einschließlich der Sozialversicherungsbeiträge) und des produktiven Kapitals bei gleichzeitiger Anhebung der Verbrauchsteuern, so auch der Umweltsteuern, könnte dazu beitragen, die wirtschaftlichen Verzerrungen zu verringern und

Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum zu fördern. Darüber hinaus würde eine Verringerung und Rationalisierung der Steuerausgaben und sozialpolitischen Steuervergünstigungen zur Verbreiterung der Steuerbemessungsgrundlage beitragen und auf diese Weise eine Erhöhung der gesetzlichen Steuersätze verhindern.

- (22) Die Verwaltung in Frankreich ist sehr komplex. Die zahlreichen Verwaltungsebenen führen zu komplexen finanziellen Beziehungen zwischen den verschiedenen Ebenen des Staates und zu sich überschneidenden Zuständigkeiten. Dies wiederum führt zu überflüssigen Koordinierungskosten, ohne dass dadurch zwangsläufig die Qualität der erbrachten öffentlichen Dienstleistungen verbessert wird. Eine Verringerung der Komplexität der Verwaltung und eine Klärung der Zuständigkeiten und finanziellen Verantwortlichkeiten der verschiedenen Ebenen des Staates würde zu einer wirksamen Steuerung der Ausgaben und Einnahmen im Einklang mit den Mittelbindungen beitragen. Dies würde die Effizienz und Qualität der öffentlichen Ausgaben insgesamt erhöhen und gleichzeitig die Haushaltskonsolidierung unterstützen.
- (23) Es bestehen nach wie vor regionale Unterschiede bei öffentlichen Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung (insbesondere in „medizinischen Wüsten“), Bildung, Mobilität und Wohnungswesen, wobei ländliche Gebiete vor besonderen Herausforderungen beim Zugang zu essenziellen Dienstleistungen stehen. In den französischen Gebieten in äußerster Randlage behindern die unzureichende Flächennutzungsplanung und die begrenzten Verwaltungskapazitäten die wirksame Umsetzung politischer Maßnahmen und öffentliche Investitionen noch zusätzlich.
- (24) Die systematische, sinnvolle und zeitnahe Einbeziehung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, der Sozialpartner, der Zivilgesellschaft und anderer relevanter Interessenträger bleibt unerlässlich, um sicherzustellen, dass die erfolgreiche Umsetzung der Finanzierungsinstrumente der Union auf breiter Basis eigenverantwortlich mitgetragen wird, auch im Rahmen des Europäischen Semesters.
- (25) Die kohäsionspolitischen Programme, die in Frankreich Unterstützung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) beinhalten, werden schneller als im EU-Durchschnitt umgesetzt, sowohl was die Auswahl der Projekte als auch die Zahlungen betrifft. Es ist wichtig, die derzeitige Dynamik aufrechtzuerhalten und die Wirkung der Investitionen vor Ort zu maximieren. Frankreich ergreift im Rahmen seiner kohäsionspolitischen Programme bereits Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstums. Einige Programme in den Gebieten in äußerster Randlage stehen jedoch weiterhin vor Umsetzungsproblemen und haben Schwierigkeiten, ihre Ziele zu erreichen. Gleichzeitig muss Frankreich die Umsetzung des Fonds für einen gerechten Übergang beschleunigen, da die Mittel bis Ende 2026 ausgezahlt werden sollen. Es ist unerlässlich, dass die neuen Investitionen, die Frankreich im Rahmen der Halbzeitüberprüfung der kohäsionspolitischen Fonds genannt hat, und insbesondere jene, die mit den fünf in der Verordnung über die Halbzeitüberprüfung<sup>16</sup> formulierten Prioritäten zusammenhängen, rasch und wirksam getätigt werden.
- (26) Neben den oben beschriebenen Problemen steht Frankreich auch vor Herausforderungen in Bezug auf den Verwaltungs- und Regulierungsaufwand, die

---

<sup>16</sup> Verordnung (EU) 2025/1914 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. September 2025 zur Änderung der Verordnungen (EU) 2021/1058 und (EU) 2021/1056 in Bezug auf spezifische Maßnahmen zur Bewältigung strategischer Herausforderungen im Rahmen der Halbzeitüberprüfung.

FuE-Intensität der Unternehmen, die Unterstützung für disruptive Innovationen, die Wirksamkeit der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Hochschulen, die Digitalisierung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), die Dekarbonisierung von Verkehr und Gebäuden, den Ausbau erneuerbarer Energien und damit zusammenhängende Investitionen in das Stromnetz und die Stromspeicherung sowie die Elektrifizierung von Endverwendungen, die Wasserqualität und -knappheit, den Fachkräftemangel, die Arbeitsmarktergebnisse junger Menschen, das Bildungssystem, den Lehrberuf sowie die Armut trotz Erwerbstätigkeit und die Kinderarmut.

- (27) Dem Kompass für Wettbewerbsfähigkeit zufolge müssen alle Einrichtungen auf EU-, nationaler und lokaler Ebene große Anstrengungen unternehmen, um einfachere Vorschriften zu erlassen und Verwaltungsverfahren zu beschleunigen. Zur Verringerung des Verwaltungsaufwands muss Frankreich weitere Maßnahmen ergreifen. Dazu gehört auch eine bessere Verfügbarkeit digitaler öffentlicher Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen, denn ihr Angebot stagniert und bleibt weiter unter dem EU-Durchschnitt. Mitte April 2026 wurde das Gesetz zur Vereinfachung des Wirtschaftslebens (Loi de simplification de la vie économique) verabschiedet. Mit dem Gesetz wird ein „Unternehmenstest“ und ein spezielles Gremium – der Rat für Vereinfachung (Conseil de la simplification), der sich aus Unternehmensvertretern zusammensetzt – eingeführt, um die neuen und geänderten Normen zu prüfen. Der Rat für Vereinfachung kann auch zu den bestehenden Normen konsultiert werden. Das Gesetz erleichtert unter bestimmten Voraussetzungen die Einrichtung von Industrie- und Infrastrukturprojekten sowie von Rechenzentren und unterstützt Projekte für die Energiewende. Zudem erleichtert es den Zugang von Unternehmen zu öffentlichen Aufträgen. Ein erheblicher wachsender Anteil der Unternehmen in Frankreich betrachtet die Arbeitsmarkt- und Unternehmensvorschriften als ein bedeutendes Hemmnis für Investitionen<sup>17</sup>. Die Verfahren bei Zahlungseinstellung und Einstellung der Geschäftstätigkeit sowie Gerichtsverfahren werden als besonders komplex angesehen. Das Gesetz zur Vereinfachung des Wirtschaftslebens erleichtert zwar Unternehmensübertragungen, lässt jedoch die Verfahren zur Einstellung der Geschäftstätigkeit unberührt.
- (28) Die regulatorischen Beschränkungen für inländische Unternehmen sind in Frankreich bei mehreren Berufen nach wie vor höher als in vergleichbaren Ländern und gehören im Einzelhandel zu den strengsten in der EU. Die Überprüfung der obligatorischen lokalen Prüfungen für ausländische Fachkräfte, die Senkung der vorgeschriebenen Mindesthonorare und das Angebot von Alternativen zur obligatorischen Mitgliedschaft in einem Berufsverband könnten das Wachstum neuer innovativer Unternehmen begünstigen und dazu beitragen, die Kosten für Vorleistungen zu senken. Eine Lockerung der Beschränkungen für den Einzelhandel – z. B. bei Registrierungsanforderungen, Genehmigungen und betrieblichen Beschränkungen – könnte zur Verbesserung der Geschäftstätigkeit beitragen und den Verbrauchern durch wettbewerbsfähige Preise und eine breitere Produktauswahl zugutekommen. Die Vereinfachung des Regelungsumfelds für den Bausektor, einschließlich der Flächennutzungsvorschriften und Genehmigungsverfahren, könnte dazu beitragen, Engpässe beim Wohnungsangebot zu beseitigen. Nationale Verpackungs- und

---

<sup>17</sup> Im Jahr 2025 waren 27 % der Unternehmen in Bezug auf die Arbeitsmarktvorschriften und 26 % der Unternehmen in Bezug auf die Unternehmensvorschriften dieser Ansicht, gegenüber 20 % bzw. 19 % im Jahr 2024. Insgesamt wurden diese Vorschriften im Jahr 2025 von rund 60 % der Unternehmen in Frankreich als Investitionshemmnis angesehen. EIB-Investitionsbefragungen 2024 und 2025.

Kennzeichnungsvorschriften führen zu einem Befolgungsaufwand für den Warenhandel. Einer Bewertung der Kommission und der OECD zufolge gehören die regulatorischen Beschränkungen in Frankreich für den grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen innerhalb des EWR zu den höchsten in der EU, insbesondere in den Bereichen Architektur, Rechtsdienstleistungen, Buchhaltung, Vertriebsdienstleistungen, Luftverkehr, Schienengüter- und Straßengüterverkehr. Verbesserte Marktzugangsbedingungen, transparentere Genehmigungsverfahren und der Abbau von Hindernissen für den Personenverkehr, unterstützt durch Bemühungen zur Verringerung von Hemmnissen für den digitalen Handel, könnten Frankreich in die Lage versetzen, seine Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

- (29) Obwohl der Anteil der öffentlichen Unterstützung in Frankreich für FuE-Tätigkeiten von Unternehmen EU-weit im vorderen Bereich liegt, stagniert die private Forschung und Entwicklung in Frankreich und blieb 2024 leicht hinter dem EU-Durchschnitt zurück. Der wichtigste Mechanismus, die Steuergutschrift für Forschung (Crédit d'impôt recherche), dürfte 2026 auf 8,0 Mrd. EUR (0,3 % des BIP) steigen<sup>18</sup>. Die von der Nationalen Kommission für die Bewertung der Innovationspolitik (Commission nationale d'évaluation des politiques d'innovation) im Jahr 2021 durchgeführte Bewertung ergab, dass diese Regelung keine erheblichen Auswirkungen auf größere Unternehmen hatte, obwohl die Hälfte der Unterstützung an solche Unternehmen ausgezahlt wurde. Eine gezieltere Ausrichtung der Beihilfen auf innovative KMU, Midcap-Unternehmen und Start-up-Unternehmen sowie die Erleichterung der Inanspruchnahme der Regelung durch solche Unternehmen könnte die Forschung und Entwicklung fördern, da diese Unternehmen finanziell stärker unter Druck stehen. Wenn der Schwellenwert für förderfähige Ausgaben im Rahmen der Steuergutschriftsregelung für Forschung gesenkt und der Vorteil für kleinere und jüngere innovative Unternehmen erhöht würde, könnte die Regelung die FuE-Intensität durch stärkere Additionalitätseffekte wirksamer steigern.
- (30) Eine gezielte Innovationsförderung, wie sie im Investitionsplan „France 2030“ vorgesehen ist, begünstigt in der Regel immaterielle Investitionen, u. a. in geistiges Eigentum, was zu einer Steigerung der Produktivität und der Wettbewerbsfähigkeit führt<sup>19</sup>. Eine 2023 durchgeführte Evaluierung von „France 2030“ deutet auf erhebliche Auswirkungen auf das BIP und die Beschäftigung hin, aber dennoch könnte eine Straffung der Unterstützung von Vorteil sein. Frankreich beschleunigt jedoch zurzeit das Auslaufen von „France 2030“, und es gibt keine Hinweise auf einen Investitionsplan, der den aktuellen Plan ersetzen würde. Die Einführung eines mehrjährigen strategischen Investitionsprogramms, das auf disruptive Innovationen ausgerichtet ist und den gesamten Forschungs- und Innovationszyklus abdeckt – mit einer verbesserten Governance im Einklang mit den aus „France 2030“ gewonnenen

---

<sup>18</sup> OECD (2020), „How effective are R&D tax incentives? New evidence from the OECD microBeRD project“, Strategiepapier der Direktion Wissenschaft, Technologie und Innovation, OECD, Paris. Conseil d'analyse économique (2022), Focus Nr. 090-2022, „Renforcer l'impact du Crédit d'impôt recherche“, Philippe Aghion, Nicolas Chanut und Xavier Jaravel. Bunel, S. und Sicsic, M. (2024), „Les incitations fiscales à la recherche et développement et à l'innovation : état des lieux, effets et alternatives“, Sciences Po LIEPP Working Paper Nr. 163.

<sup>19</sup> Roth, F., & Thum, A. E. (2013), „Intangible capital and labor productivity growth: Panel evidence for the EU from 1998-2005“, Review of Income and Wealth, 59(3), 486e508, <https://doi.org/10.1111/roiw.12009>; Dimas, P., D. Stamopoulos und A. Tsakanikas (2022), „Intangibles and Participation in Global Value Chains in the EU: Evidence from the GLOBALINTO Input-Output Intangibles Database“, Economic and Business Review.

Erfahrungen<sup>20</sup> – könnte die Einführung neuer Technologien beschleunigen und die industrielle Souveränität in strategischen Schlüsselsektoren, die wirtschaftliche Sicherheit und das langfristige Wachstum fördern.

- (31) Französische Scale-up-Unternehmen weisen nach wie vor eine erhebliche Finanzierungslücke auf. Im Durchschnitt liegt das von französischen Unternehmen innerhalb der ersten zehn Jahre nach ihrer Gründung beschaffte Kapital bei nur 60 % des von vergleichbaren Unternehmen in den USA in demselben Zeitraum beschafften Kapitals<sup>21</sup>. Da Scale-ups produktiver und innovativer sind als andere Unternehmen, würden Maßnahmen zur Schließung der Finanzierungslücke bei Innovationen sowie verstärkte Investitionen in Risikokapital und privates Beteiligungskapital die Wachstumsaussichten in Frankreich verbessern. Dies kann durch eine verstärkte Nutzung der Mittel institutioneller Anleger, u. a. im Rahmen der „Tibi-Initiative“, sowie durch die Mobilisierung von Kleinanlegern und letztlich die Erleichterung des Zugangs zu den Märkten für Börsengänge erreicht werden<sup>22</sup>. Allgemein könnte das Spar- und Investitionsökosystem in Frankreich zum Nutzen der Wirtschaft gestärkt werden, indem institutionelle Anleger wie Pensionsfonds und Versicherungsgesellschaften verstärkt in Kapitalbeteiligungen investieren und Kleinanleger zu solchen Investitionen ermutigt werden, insbesondere durch den Plan d’Epargne en Actions (PEA).
- (32) Engere Beziehungen zwischen Wissenschaft und Unternehmen sind für Innovationen von entscheidender Bedeutung. Zur Unterstützung dieser Zusammenarbeit in Frankreich ist ein breites Spektrum von Einrichtungen<sup>23</sup> und Instrumenten geschaffen worden. Die Komplexität des französischen Ökosystems für Technologietransfer und Valorisierung der Forschung stellt jedoch – wie von der Generalinspektion für Finanzen (Inspection générale des finances) 2024 hervorgehoben wurde<sup>24</sup> – ein erhebliches Hindernis dar. 2025 wurde eine Überprüfung des Governance- und Finanzierungsmodells der Unternehmen zur Beschleunigung des Technologietransfers (SATT) und ganz allgemein von deren Rolle bei der Verbesserung des Technologietransfers auf lokaler Ebene eingeleitet, um bis 2027 eine neue Organisationsstruktur zu schaffen. Um bessere Innovationsergebnisse zu erzielen, müssen die Ökosysteme für Wissens- und Technologietransfer wirksamer werden. Dafür sollten konkrete Ergebnisse angestrebt werden, beispielsweise eine signifikante Erhöhung der Zahl der Patentanmeldungen und der Unternehmensgründungen sowie

---

<sup>20</sup> Cour des comptes (2024), „10 ans de politiques publiques en faveur de l’industrie“, S. 86-87; Comité de surveillance des investissements d’avenir (2026), „France 2030 : un déploiement massif et rapide à pérenniser, un impact à renforcer“, [2ce0410dc4f9499917f929e71c6f716395ef68aa.pdf](https://doi.org/10.2867/382579).

<sup>21</sup> Fratto, C., Gatti, M., Kivernyk, A., Sinnott, E., & van der Wielen, W. (2024), „The scale-up gap: Financial market constraints holding back innovative firms in the European Union“, Europäische Investitionsbank, <https://doi.org/10.2867/382579>.

<sup>22</sup> In der EIB-Investitionsbefragung 2025 ([eif-Equity-Survey-2025.pdf](https://www.eib.org/~/media/2025/01/eif-equity-survey-2025.pdf)) nannten fast die Hälfte der Manager von Risikokapitalfonds in Europa die Märkte für Börsengänge als großes Hindernis für die Expansion. Weitere, noch größere Hindernisse ergeben sich aus den fragmentierten Märkten, dem Zugang zu Kapital und einer geringeren Risikobereitschaft der Anleger.

<sup>23</sup> Beispielsweise Unternehmen zur Beschleunigung des Technologietransfers (Sociétés d’accélération du transfert de technologies, SATT), Institute für technologische Forschung (Instituts de Recherche Technologique) und Universitätskliniken (Instituts Hospitalo-Universitaires).

<sup>24</sup> Comité de surveillance des investissements d’avenir, Bewertung der ersten Komponente des Programms „Programme d’investissements d’avenir“ (PIA, 2009-2019), November 2019, [„Le PIA, un outil à préserver, une ambition à refonder“](https://www.csi.avenir.fr/~/media/2019/11/Le_PIA_un_outil_a_preserver_une_ambition_a_refonder.pdf); Cour des comptes (2018), „Les outils du PIA consacrés à la valorisation de la recherche publique“; Inspection générale des finances (2024), „Évaluation des dispositifs Carnot“.

eine beträchtliche Verbesserung beim Schutz des geistigen Eigentums. Eine Vereinfachung der Ökosysteme, z. B. durch die Straffung der Rollen bestehender Einrichtungen oder die Förderung von deren Zusammenarbeit, könnte ebenfalls zu besseren Ergebnissen führen.

- (33) Trotz der Fortschritte bei der Digitalisierung von KMU und bei der Einführung fortgeschrittener digitaler Technologien liegt Frankreich nach wie vor unter dem EU-Durchschnitt. Zu den größten Engpässen bei der Digitalisierung von KMU gehören ein Mangel an Fachwissen und Kompetenzen, Bedenken hinsichtlich der Cybersicherheit und finanzielle Zwänge, insbesondere aufgrund unklarer Kapitalrenditen. Die verzögerte Einführung digitaler Technologien, insbesondere in KMU, ist einer der Faktoren, die das Produktivitätswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit in Frankreich beeinträchtigen. Die Beschleunigung der Digitalisierung von KMU ist von entscheidender Bedeutung, um die Digitalziele der EU für 2030 zu erreichen, wonach mehr als 90 % der KMU in der Europäischen Union bis 2030 zumindest eine grundlegende digitale Intensität erreichen sollten. „France Num“ ist nach wie vor das wichtigste öffentliche Instrument zur Unterstützung der grundlegenden Digitalisierung von KMU und fungiert hauptsächlich als Netzwerk von Interessenträgern, die am digitalen Wandel beteiligt sind. Der neue Plan „Osez l’IA“ zielt darauf ab, KI-Technologien in großen Unternehmen und KMU zu verbreiten und so zur Digitalisierung beizutragen. Er ist jedoch weder auf KMU noch auf die grundlegende Digitalisierung ausgerichtet.
- (34) Die im Jahr 2024 beobachtete Verlangsamung der Dekarbonisierung setzte sich auch 2025 fort. Kein Sektor ist auf dem richtigen Weg, um die im Entwurf der dritten Dekarbonisierungsstrategie (SNBC 3) für 2030 festgelegten Ziele zu erreichen, wobei der größte Rückstand in den Bereichen Gebäude und Verkehr besteht; dies wird durch die rückläufigen natürlichen CO<sub>2</sub>-Senken, die dem Ausgleich von Treibhausgasemissionen dienen, noch verschärft. Der Verkehr ist nach wie vor die Hauptquelle für Treibhausgasemissionen in Frankreich. Die Beschleunigung der Dekarbonisierung des Straßenverkehrs ist von entscheidender Bedeutung, um die Ziele für die Verringerung der Treibhausgasemissionen zu erreichen. Der Güterverkehr in Frankreich erfolgt nach wie vor weitgehend über die Straße. Zur Förderung einer Verkehrsverlagerung von der Straße auf den Schienen- und den Binnenschiffsverkehr muss Frankreich das transeuropäische Verkehrsnetz vervollständigen, um die Kapazität und die Netzdichte zu erhöhen, und angemessene Investitionen in die Schieneninfrastruktur sicherstellen. Auch der Binnenschiffsverkehr birgt ein hohes Dekarbonisierungspotenzial und könnte stärker genutzt werden, wenn die Qualität des Binnenwasserstraßennetzes, die Interoperabilität der Binnenschiffahrtsinformationsdienste, die Datenverfügbarkeit und die Terminaldichte verbessert würden. Frankreich könnte die Nutzung emissionsarmer Fahrzeuge weiter fördern, indem Negativanreize für den Kauf von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor gesetzt würden, schwere Elektro-Nutzfahrzeuge von den Mautgebühren auf Hochgeschwindigkeitsstraßen befreit und die externen Kosten der CO<sub>2</sub>-Emissionen konventioneller schwerer Nutzfahrzeuge in den Mautgebühren berücksichtigt würden.
- (35) Der Endenergieverbrauch von Wohngebäuden und tertiären Gebäuden stagniert seit 2015 weitgehend und stieg 2024 um 1 % an; die Treibhausgasemissionen gingen den jüngsten Schätzungen von Citepa zufolge im Jahr 2025 nur um 1,5 % zurück (gegenüber -0,7 % im Jahr 2024). Frankreich ist nach wie vor nicht auf dem richtigen

Weg, um sein drittes CO<sub>2</sub>-Budget für den Sektor einzuhalten<sup>25</sup>. Die Zahl der energetischen Renovierungen ging Daten der französischen nationalen Wohnungsbauagentur zufolge um 10 % zurück, was auf wiederholte sprunghafte Änderungen der Regelung „MaPrimeRenov“ zurückzuführen ist. Diese Instabilität – aufgrund von Unterbrechungen, Änderungen bei der Art der förderfähigen Arbeiten und den Einkommenskriterien für den Zugang zu Fördermitteln – hat die Dynamik geschwächt, die Vorhersehbarkeit für Haushalte und den Sektor verringert und den Einsatz von Wärmepumpen verlangsamt. Auch die Umstellung auf Energieeffizienzsertifikate (Certificats d'économie d'énergie – CEE) könnte sich als weniger wirksam erweisen, wie der französische Rechnungshof<sup>26</sup> hervorgehoben hat, der das System als zu komplex und kostspielig eingestuft und Bedenken hinsichtlich seiner Gerechtigkeit geäußert hat. Frankreich muss daher seine Anstrengungen verstärken, um sein im Entwurf der dritten Dekarbonisierungsstrategie (SNBC 3) festgelegtes Gebäudeemissionsziel für 2030 zu erreichen, insbesondere durch eine Vereinfachung der entsprechenden Regelungen und die Gewährleistung einer stabilen und vorhersehbaren Förderung. Dazu gehört die Priorisierung ehrgeiziger Renovierungen (d. h. Renovierungen, mit denen Energieeinsparungen von mindestens 30 % erzielt werden) und die Ausrichtung auf finanziell schwächere Haushalte.

- (36) Frankreich hat sein für 2020 gesetztes rechtsverbindliches Ziel für erneuerbare Energien erst im Jahr 2024 – d. h. vier Jahre später als geplant – erreicht, mit einem Anteil der erneuerbaren Energien von 23,2 % am Endenergieverbrauch. Damit bleibt Frankreich hinter seinem indikativen Beitrag<sup>27</sup> zum EU-Ziel für 2030 von 42,5 % zurück. Nach mehrere Jahre andauernden Konsultationen wurde schließlich im Februar 2026 das dritte mehrjährige Energieprogramm (PPE 3) angenommen, das dazu beiträgt, den politischen Rahmen zu präzisieren und die Vorhersehbarkeit für Investitionen zu erhöhen. Um die nationalen Ziele für 2030 und 2035 erreichen und das Vertrauen von Investoren und Entwicklern wiederherstellen zu können, muss das Gesetz zur Beschleunigung der Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen (Loi relative à l'accélération de la production d'énergies renouvelables<sup>28</sup>) aus dem Jahr 2023 vollständig umgesetzt werden; diese Reform ist Teil des Aufbau- und Resilienzplans Frankreichs und seines mittelfristigen finanzpolitisch-strukturellen Plans und dient als Grundlage für eine Verlängerung des haushaltspolitischen Anpassungszeitraums. Wichtige Hindernisse müssen noch angegangen werden, insbesondere die langsamen und komplexen Genehmigungsverfahren, die auf das Fehlen eines zentralisierten Systems zurückzuführen sind. Schließlich wird die zeitnahe Veröffentlichung von Ausschreibungen für sämtliche Technologien zusammen mit einer stärkeren Regionalisierung der Energieplanung – insbesondere in Gebieten in äußerster Randlage mit besonderen Benachteiligungen – von entscheidender Bedeutung sein, um die Ziele Frankreichs im Bereich der erneuerbaren Energien zu erreichen und den Ausbau der Wertschöpfungsketten für saubere Technologien im Inland und der EU in strategischen Sektoren zu unterstützen.

<sup>25</sup> Mit 56 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent liegt Frankreich unter seinem dritten CO<sub>2</sub>-Budget für den Sektor, das für den Zeitraum 2024-2028 auf durchschnittlich 52 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent festgelegt wurde.

<sup>26</sup> Cour des comptes (2024), [„Les certificats d'économies d'énergie, communication à la commission des finances, de l'économie générale et du contrôle budgétaire de l'Assemblée nationale“](#).

<sup>27</sup> Aus der Formel in Anhang 2 der Governance-Verordnung lässt sich ableiten, dass das Ziel Frankreichs bis 2030 bei 44 % liegen sollte.

<sup>28</sup> Rund ein Viertel der erforderlichen Durchführungsrechtsakte stehen noch aus, und nur 16 000 Gemeinden haben „Beschleunigungsgebiete für erneuerbare Energien“ (zones d'accélération des énergies renouvelables) ausgewiesen.

- (37) Die zunehmende Abregelung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen und die steigende Zahl von Phasen mit negativen Strompreisen machen deutlich, dass die Flexibilität auf der Nachfrageseite erhöht und die Speicherkapazitäten, einschließlich der Wärmespeicherung, weiter ausgebaut werden müssen. Auch wenn einige Fortschritte erzielt wurden, unter anderem durch die Installation zusätzlicher Batteriekapazitäten im Jahr 2025, sind weitere Anstrengungen erforderlich, um die zunehmenden Mengen an Strom aus erneuerbaren Quellen einzubinden und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Dies zeigt auch, dass sowohl die inländischen als auch die grenzüberschreitenden Netze ausgebaut werden müssen. Die Stromnetzbetreiber (RTE<sup>29</sup> und Enedis) haben erhebliche Investitionen in den Ausbau und die Modernisierung der Übertragungs- und Verteilernetze zugesagt. Auch wenn Frankreich weitgehend auf dem richtigen Weg zur Deckung seines prognostizierten Bedarfs an Infrastrukturinvestitionen ist, hängt dies weiterhin von der Verfügbarkeit ausreichender Produktions- und Personalkapazitäten wie qualifizierten Arbeitskräften und der Produktion und Lieferung von Kabeln ab. Im Gegensatz dazu bleiben die Fortschritte bei grenzüberschreitenden Projekten begrenzt: Der Stromverbundgrad in Frankreich lag 2025 bei 5,44 % und damit deutlich unter dem EU-Ziel für 2030 von 15 %. Obwohl Frankreich mit seinen Nachbarländern verbunden ist und neue Projekte auf dem Weg sind, kommt es nach wie vor zu Verzögerungen, und wichtige Projekte wie die Verbindungsleitung über die Pyrenäen hinweg sind trotz ihrer Einstufung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse nicht in vollem Umfang in der derzeitigen Planung berücksichtigt. Der Ausbau der grenzüberschreitenden Verbindungskapazitäten – insbesondere mit der Iberischen Halbinsel – ist nach wie vor von zentraler Bedeutung, um kurzfristig Stromüberschüsse zu bewältigen, die EU-Marktintegration voranzutreiben, die Flexibilität des Systems zu erhöhen und den Ausbau erneuerbarer Energien zu beschleunigen.
- (38) Die jüngste Zunahme des Angebots an und der Verfügbarkeit von sauberem Strom (durch eine verbesserte Verfügbarkeit der Kernkraftwerksflotte und einen schnelleren Ausbau der Solarenergie) hat zusammen mit der mangelnden Flexibilität des Stromsystems vermehrt zu Stunden mit negativen Preisen, einer höheren Preisvolatilität, einer zunehmenden Abregelung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen und einem größeren Bedarf an Leistungsmodulation der Kernkraftwerke beigetragen. Frankreich hat einen weitgehend fossilfreien Strommix und verzeichnete 2025 die drittniedrigsten Großhandelsstrompreise in der EU, sodass sauberer Strom einen wirtschaftlich attraktiven Vektor für die Dekarbonisierung darstellt. Dennoch bleibt ein erhebliches Elektrifizierungspotenzial ungenutzt, wodurch die derzeitige Überangebotsdynamik noch verstärkt wird: Der Anteil des Stroms am Endenergieverbrauch Frankreichs liegt über dem EU-Durchschnitt, stagnierte jedoch in den letzten zehn Jahren und stieg laut der französischen Dienststelle für Daten und statistische Studien (SDES) nur geringfügig von 20 % im Jahr 1990 auf 26 % im Jahr 2024 an. Im Jahr 2024 machte Strom 35,4 % des Endenergieverbrauchs der Haushalte und 35,7 % des Endenergieverbrauchs der Industrie aus, während sein Anteil im Verkehrssektor mit 2,5 % weiter gering blieb. Unterdessen wird die Einbindung erneuerbarer Energien bereits durch die zunehmende Abregelung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen behindert, ein Problem, das sich angesichts des erwarteten Rückgangs der Kernenergieerzeugung bis 2050 und des Risikos ungeplanter

---

<sup>29</sup> Der umfangreiche Investitionsplan von RTE in Höhe von 100 Mrd. EUR bis 2024 wurde von der französischen Regulierungsbehörde im Februar 2026 genehmigt: [Examen du schéma décennal de développement du réseau de RTE élaboré en 2025 | CRE](#).

Wartungsmaßnahmen an bestehenden Kernkraftwerken noch verschärft werden. Weitere Fortschritte bei der Elektrifizierung in allen Sektoren würden daher dazu beitragen, die Wirtschaft kosteneffizient zu dekarbonisieren, zusätzliche Abnahmemöglichkeiten für CO<sub>2</sub>-armen Strom schaffen und wirtschaftliche Argumente für den Ausbau der erneuerbaren Energien und für Flexibilitätslösungen bieten. Dies könnte durch die Umsetzung eines Programms zur Elektrifizierung der Endverwendungen mit ehrgeizigen Zielen für emissionsintensive Sektoren – wie Verkehr, Heizung und Kühlung in Gebäuden sowie Industrie – erreicht werden.

- (39) Wasserknappheit schränkt die Wirtschaftstätigkeit zunehmend ein; im Jahr 2022 waren 24-26 % der Bruttoerzeugung in Frankreich Oberflächenwasserrisiken ausgesetzt, und die dürrebedingten Kosten beliefen sich auf mehr als 5 Mrd. EUR. Die Auswirkungen der Wasserknappheit sind sektorübergreifend und führen in den meisten Regionen in wasserintensiven Sektoren wie Energie, Landwirtschaft, Industrie und Tourismus zu Spannungen. Diese Situation wird durch die Abhängigkeit Frankreichs von Wasser für die Stromerzeugung (Wasserkraft und Kühlung von Kernreaktoren) noch verschärft; diese Klimarisiken werden im dritten nationalen Plan zur Anpassung an den Klimawandel (PNACC-3) anerkannt. Regionale Unterschiede verstärken diesen Druck weiter: Für die intensive Landwirtschaft genutzte Flächen weisen eine hohe Nitrat- und Pestizidbelastung auf; in städtischen und industriellen Gebieten ist die Nachfrage besonders hoch, was mit einer Vielzahl unterschiedlicher Schadstoffe (einschließlich PFAS<sup>30</sup> und Mikroplastik) einhergeht. Die Trinkwasser- und Sanitärversorgung stellt trotz gezielter Investitionsprogramme wie dem Wasserplan für die überseeischen Departements (Plan Eau DOM – PEDOM) mit einer erheblichen jährlichen Investitionslücke von rund 4,6 Mrd. EUR, insbesondere in Gebieten in äußerster Randlage, nach wie vor eine Herausforderung dar. Die nationale und lokale Wasserbewirtschaftung muss verbessert werden, um konkurrierendem Bedarf besser Begegnen und Konflikte zwischen verschiedenen Sektoren lösen zu können; gleichzeitig müssen die Lücken bei Investitionen in resiliente Wasserinfrastrukturen geschlossen, die Überwachung und Transparenz der Wasserqualität gestärkt und die Wasserqualität vor Verschmutzung durch Landwirtschaft und Industrie geschützt werden, um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Wasserknappheit und einer Verschlechterung der Wasserqualität zu verringern. Diese Verbesserungen sollten Teil eines integrierten Ansatzes für die Anpassung an den Klimawandel und die Klimaresilienz sein.
- (40) Da Humankapital bei der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der strategischen Autonomie der Union eine entscheidende Rolle spielt, empfahl der Rat den Mitgliedstaaten 2026, Maßnahmen zu ergreifen, um die damit verbundenen strukturellen Herausforderungen in den Bereichen Kompetenzen und Bildung, die die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen, dringend anzugehen. Die an Frankreich gerichteten länderspezifischen Empfehlungen 2026 können zur Umsetzung der Empfehlung des Rates zum Humankapital in der Union beitragen.
- (41) Trotz erheblicher Verbesserungen ist die Beschäftigungsquote in Frankreich nach wie vor niedrig, und es bestehen noch immer Hindernisse für die Beschäftigung, insbesondere für junge Arbeitskräfte. Trotz der Bemühungen, die Jugendarbeitslosigkeit mit aus der Aufbau- und Resilienzfazilität unterstützten Programmen wie „1 jeune, 1 solution“ und „Contrat d’engagement jeune“ zu

---

<sup>30</sup> Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (d. h. synthetische Ewigkeitschemikalien).

bekämpfen, steigt sowohl die Jugendarbeitslosigkeit (19,7 % im Jahr 2025) als auch die Quote junger Menschen, die sich weder in Ausbildung noch in Beschäftigung befinden (12,7 % im Jahr 2025). Insbesondere in Gebieten in äußerster Randlage, ländlichen Gebieten, städtischen Randgebieten und Gebieten, die vom industriellen Wandel betroffen sind, mangelt es an Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen. Der begrenzte Zugang zu erschwinglichem Wohnraum und Verkehrsmitteln behindert die Integration in den Arbeitsmarkt weiter, wobei diese Herausforderungen in den Gebieten in äußerster Randlage besonders akut sind. Die Beseitigung dieser Hindernisse, insbesondere durch eine verbesserte Ausrichtung, Kohärenz und Kenntnis bestehender Förderregelungen, einen besseren Zugang zu Wohnraum und Mobilitätsoptionen sowie eine bessere Abstimmung der allgemeinen und beruflichen Bildung auf die Bedürfnisse der Arbeitgeber, könnte die Integration, insbesondere junger Menschen, in den Arbeitsmarkt verbessern und dem Arbeitskräftemangel entgegenwirken.

- (42) Der französische Arbeitsmarkt weist auch ein Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage auf, insbesondere in Schlüsselsektoren wie dem Verarbeitenden Gewerbe, dem Baugewerbe, dem Sozial- und Gesundheitswesen, in denen es nach wie vor Schwierigkeiten bei der Einstellung von Arbeitskräften gibt. Frankreich hat mit Unterstützung der Aufbau- und Resilienzfazilität und des ESF+ in die Weiterbildung und Umschulung von Arbeitskräften investiert, was zu einem leichten Anstieg der Zahl erwachsener Teilnehmer an Weiterbildungsmaßnahmen geführt hat (49,2 % im Jahr 2022 gegenüber 48,4 % im Jahr 2016). Es sind jedoch nach wie vor nur langsame Fortschritte im Hinblick auf die Erreichung des für 2030 gesteckten Ziels von 65 % zu verzeichnen, insbesondere bei geringqualifizierten und älteren Arbeitskräften. Eine bessere Abstimmung der Aus- und Weiterbildung auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes und eine stärkere Unterstützung benachteiligter Gruppen sind nach wie vor erforderlich, insbesondere da Mittelkürzungen bei der betrieblichen Berufsausbildung und Weiterbildungsmaßnahmen<sup>31</sup> die Teilnahme beeinträchtigen können. Der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, insbesondere in den MINT-Bereichen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik), schränkt die Fähigkeit Frankreichs ein, die wachsende Nachfrage in technologieorientierten Sektoren zu decken. Insbesondere IKT- und Industrieingenieure gehören zu den Berufen mit den größten Wachstumsaussichten, aber dennoch besteht die Gefahr, dass fast jeder vierte Arbeitsplatz aufgrund dieses Fachkräftemangels unbesetzt bleibt. Die Schüler- und Studierendenzahl in MINT-Fächern geht zurück und liegt weiterhin unter dem EU-Durchschnitt. Bemühungen zur Förderung der Belegung von MINT-Fächern in der Sekundarstufe II und in der tertiären Bildung, frühzeitige Fördermaßnahmen für Hochbegabte sowie die Verbesserung der Weiterbildung von Lehrkräften in MINT-Fächern würden dazu beitragen, den Mangel an Fachkräften mit MINT-Kompetenzen in wichtigen Industriezweigen zu schließen.
- (43) Im französischen Bildungssystem ist eine Verschlechterung bei den Grundfertigkeiten und MINT-Kompetenzen zu beobachten<sup>32</sup>. Während die PISA-Werte nahe am EU-Durchschnitt liegen, ist der Anteil der 15-Jährigen mit unterdurchschnittlichen Leistungen in Naturwissenschaften, Mathematik und Lesen gestiegen und liegt über

---

<sup>31</sup> 2026 budget, Loi de Finances 2026.

<sup>32</sup> Erhebung im Rahmen der Studie „2023 Trends in International Mathematics and Science Study (TIMSS)“.

der Zielvorgabe für 2030 von 15 %<sup>33</sup>; dies gilt insbesondere für Mathematik, wo auch der Anteil der besonders leistungsstarken Schülerinnen und Schüler zurückgegangen ist. Frankreich gehört zu den EU-Ländern, in denen die sozioökonomischen Unterschiede am größten sind<sup>34</sup>; so ist der sozioökonomische Hintergrund nach wie vor ein starker Indikator für die Bildungsergebnisse. Die bestehende Unterstützung für leistungsschwache Schülerinnen und Schüler ist nach wie vor nicht gezielt genug, da 70 % der benachteiligten Schülerinnen und Schüler nicht von der Förderung in Zonen mit erhöhtem Bildungsbedarf (réseaux d'éducation prioritaire) erfasst werden. Die Ausweitung der Zonen mit erhöhtem Bildungsbedarf, die Anwendung flexibler Kriterien für benachteiligte Schulen und die Nutzung von Schülerbewertungsdaten zur gezielteren Anpassung der Lehrmethoden könnten dazu beitragen, den individuellen Bedürfnissen besser gerecht zu werden und die Leistungen der Schüler bei den Grundfertigkeiten von frühester Kindheit an zu verbessern. Häufige politische Änderungen ohne ausreichende Zeit für die Umsetzung und Evaluierung haben die Unterstützung der Initiativen durch die Lehrkräfte verringert und die Wirksamkeit der Reformen eingeschränkt.

- (44) Was die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Qualität der Ausbildung von Lehrkräften betrifft, bestehen nach wie vor erhebliche Herausforderungen, die den Beruf wenig attraktiv machen. Frankreich ist mit einer schrumpfenden Zahl von Lehramtsanwärtern und immer weniger festangestelltem Lehrpersonal konfrontiert. Grund dafür sind vor allem eine unangemessene Entlohnung im Vergleich zum EU-Durchschnitt<sup>35</sup>, schlechte Arbeitsbedingungen, die unzureichende berufliche Anerkennung und begrenzte Mobilitätsmöglichkeiten<sup>36,37</sup>. Darüber hinaus zeigt die jüngste TALIS-Studie, dass französische Lehrkräfte sowohl mit ihrer Erstausbildung als auch mit der beruflichen Weiterbildung im Vergleich zu Lehrkräften in anderen EU-Ländern weniger zufrieden sind, da kritische Lücken in der Aus- und Weiterbildung bestehen, insbesondere in neu entstehenden Bereichen wie der KI-Integration. Wenn stärker auf befristet angestellte Lehrkräfte zurückgegriffen wird, die ein niedrigeres Qualifikationsniveau, weniger Erfahrung und schlechteren Zugang zu Weiterbildung haben, könnte dies die Qualität des Unterrichts beeinträchtigen. Es sind bereits Schritte unternommen worden, um die Unterrichtsbedingungen zu verbessern, darunter die Reform der Erstausbildung von Lehrkräften im Jahr 2025, die bereits zu einem Anstieg der Prüfungsanmeldungen geführt hat, was auf eine potenzielle Zunahme der Attraktivität des Berufs hindeutet. Mit dem Haushaltsplan 2026 wurde jedoch die Streichung von mehr als 4000 Lehrerstellen beschlossen; dies ist zum Teil durch den Bevölkerungsrückgang gerechtfertigt, schränkt aber auch die Möglichkeiten zur Verringerung der Klassengrößen ein. Die Reform der beruflichen Weiterbildung von 2022 hat noch keine wesentlichen Verbesserungen in Bezug auf das Angebot, die Zugänglichkeit oder die Qualität der Weiterbildung gezeigt. Es besteht Spielraum für

---

<sup>33</sup> Laut der internationalen Schulleistungsstudie (PISA) aus dem Jahr 2022 schnitten in Frankreich 28,8 % der 15-Jährigen in Mathematik unterdurchschnittlich ab (gegenüber 29,5 % in der EU), 26,9 % beim Lesen (gegenüber 26,2 % in der EU) und 23,8 % in den Naturwissenschaften (gegenüber 24,2 % in der EU).

<sup>34</sup> OECD (2023), PISA 2022 Ergebnisse (Band I).

<sup>35</sup> Das Gehalt der Lehrkräfte entspricht 82 % des Gehalts eines Arbeitnehmers mit tertiärem Bildungsabschluss (EU-Durchschnitt: 85 %), und nur 26,6 % der Lehrkräfte sind mit ihrem Verdienst zufrieden (EU-Durchschnitt: 37,3 %). OECD (2025), „Education at a Glance“.

<sup>36</sup> France Stratégie (2024), „[Working in Public Service: The Challenge of Attractiveness](#)“.

<sup>37</sup> Cour des comptes, „[Devenir enseignant : la formation initiale et le recrutement des enseignants des premier et second degrés](#)“, öffentlicher thematischer Bericht, 2023.

weitere Maßnahmen, um die Erstausbildung und Weiterbildung besser an die sich wandelnden Bedürfnisse aller Schülerinnen und Schüler anzupassen<sup>38</sup> und Lehrkräften und Schulen mehr Autonomie einzuräumen<sup>39</sup>. Der Rechnungshof warnt vor allem davor, dass Schulleiter in der Praxis nur über begrenzte Möglichkeiten verfügen, sich an die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler und die örtlichen Gegebenheiten anzupassen<sup>40</sup>.

- (45) Während die Beschäftigungsquoten gestiegen sind, hat das Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung in den letzten Jahren zugenommen. Eine der Hauptursachen dieses Trends ist die Armut trotz Erwerbstätigkeit, die in den vergangenen Jahren stark zugenommen hat, insbesondere bei Selbstständigen und Haushalten mit Kindern. Diese Zunahme ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen: Unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung und fragmentierte Beschäftigung führen zu einer Verringerung der Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden, während die Zahl der Solo-Selbstständigen (Kleinstunternehmer und Plattformbeschäftigte)<sup>41</sup> mit sehr niedrigem Einkommen und begrenzter Autonomie gestiegen ist. Darüber hinaus behindern Niedriglohnfallen und ein unzureichender Zugang zu Weiterbildungen den beruflichen Aufstieg, und es bestehen nach wie vor Bedenken hinsichtlich der Arbeitsbedingungen, so auch in Bezug auf lange Arbeitszeiten und einen hohen Anteil an tödlichen Arbeitsunfällen. Die Bekämpfung von Niedriglohnfallen, prekären Beschäftigungsverhältnissen, die Förderung von Weiterbildungsmöglichkeiten und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, auch für Plattformbeschäftigte, könnten dazu beitragen, die Erwerbstätigenarmut zu verringern.
- (46) Der Anteil der von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten Kinder lag 2025 bei 27,5 % und war damit deutlich höher als beim Rest der Bevölkerung (20,8 %); das entspricht dem fünfthöchsten Anteil in der EU. Dieser Anstieg ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Eltern haben Schwierigkeiten, ein angemessenes Arbeitseinkommen zu erzielen; so leben 9,2 % der Kinder in Erwerbslosenhaushalten, was eine der höchsten Quoten in der EU ist. Darüber hinaus hat die Armut trotz Erwerbstätigkeit in Haushalten mit Kindern stark zugenommen, wovon insbesondere Alleinerziehende betroffen sind, bei denen es sich überwiegend um Mütter handelt. Unter den berufstätigen Alleinerziehenden war 2025 jede fünfte Person von Armut bedroht; Gründe dafür sind unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung und verpasste Karrierechancen, häufig aufgrund fehlender angemessener Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Obwohl die Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsmöglichkeiten in Frankreich insgesamt relativ hoch ist, bestehen weiterhin große Ungleichheiten beim Zugang dazu: Die Differenz zwischen bessergestellten und benachteiligten Kindern (36 Prozentpunkte) ist größer als im EU-Durchschnitt (20 Prozentpunkte). Im Jahr 2023 konnten sich 76 % der in Armut

---

<sup>38</sup> Conseil d'analyse économique (2025), „Education : comment mieux orienter la dépense publique“, abrufbar unter: [Éducation : comment mieux orienter la dépense publique](#).

<sup>39</sup> Lastra-Anadón, C. und Mukherjee, S. (2019), „Cross-country evidence on the impact of central and school autonomy on education performance“, OECD Working Papers on Fiscal Federalism, Nr. 26, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/c3d9b314-en>.

<sup>40</sup> Cour des comptes, „Mobiliser la communauté éducative autour du projet d'établissement“, Rapport public thématique, 2023.

<sup>41</sup> Rapport pour la France. GDPower – Récupération des données des travailleurs au service de la négociation et du suivi des accords collectifs dans l'économie des plateformes, 2025.

lebenden Familien keine Kinderbetreuung leisten<sup>42</sup>. Darüber hinaus bestehen nach wie vor Bedenken in Bezug auf die Qualität, die Verfügbarkeit und die Kosten der Kinderbetreuung, die innerhalb Frankreichs sehr unterschiedlich ausfallen können. Territoriale Unterschiede bei den Beschäftigungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten, beim Zugang zu erschwinglichem Wohnraum, Verkehrsmitteln sowie Gesundheits- und Sozialdiensten behindern zusätzlich die Fähigkeit der Eltern, ein existenzsicherndes Arbeitseinkommen zu erzielen. Diese Herausforderungen werden durch die steigenden Lebenshaltungskosten verschärft, durch die die erhebliche materielle und soziale Deprivation bei Kindern weiter zugenommen hat (10 % im Jahr 2025 gegenüber 7,9 % in der EU), wobei Alleinerziehende und kinderreiche Familien am stärksten von den steigenden Kosten für Wohnraum, Energie und Lebensmittel betroffen sind<sup>43</sup>. Die zunehmende Obdachlosigkeit in Frankreich<sup>44</sup> betrifft auch immer mehr Familien mit Kindern<sup>45</sup>. Unterdessen haben Kinder- und Wohngeld nicht mit der Inflation Schritt gehalten, und die Kriterien für deren Inanspruchnahme wurden verschärft. Die Überprüfung der Wirksamkeit von Familienleistungen und Wohngeld, die Beseitigung von Beschäftigungshindernissen für Eltern, die Verbesserung des Zugangs zu frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung und die Verringerung territorialer Unterschiede beim Zugang zu Dienstleistungen könnten dazu beitragen, die Kinderarmut zu verringern.

- (47) Da die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets wirtschaftlich eng miteinander verflochten sind und gemeinsam zum Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion beitragen, sprach der Rat 2026 die Empfehlung aus, dass die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets unter anderem im Rahmen ihrer Aufbau- und Resilienzpläne Maßnahmen ergreifen sollten, um die Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets 2026 umzusetzen. Im Falle Frankreichs trägt Empfehlung 1 zur Umsetzung der ersten, zweiten und fünften Empfehlung für das Euro-Währungsgebiet bei, Empfehlung 2 trägt zur Umsetzung der vierten Empfehlung für das Euro-Währungsgebiet bei, Empfehlung 3 trägt zur Umsetzung der siebten, achten und neunten Empfehlung für das Euro-Währungsgebiet bei, Empfehlung 4 trägt zur Umsetzung der siebten Empfehlung für das Euro-Währungsgebiet bei und Empfehlung 5 trägt zur Umsetzung der fünften Empfehlung für das Euro-Währungsgebiet bei —

EMPFIEHLT, dass Frankreich 2026 und 2027 Maßnahmen ergreift, um

1. sicherzustellen, dass angesichts der von der Kommission für 2026 prognostizierten Abweichung von der empfohlenen Nettoausgabenobergrenze der vom Rat am 21. Januar 2025 empfohlene diesbezügliche Korrekturpfad eingehalten wird; die Verteidigungsausgaben und die Verteidigungsbereitschaft zu erhöhen und gleichzeitig die Ausgabeneffizienz zu gewährleisten und den Haushalt schrittweise anzupassen, damit strukturell höhere Verteidigungsausgaben aufrechterhalten werden können; sicherzustellen, dass alle Maßnahmen zur Abfederung der Auswirkungen der steigenden Energiepreise befristet und auf den Schutz finanziell schwächerer Haushalte bzw. die Bedürfnisse energieintensiver Unternehmen ausgerichtet sind und Energiesparanreize bewahren, und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass die damit

---

<sup>42</sup> CNAF-ONAPE, „L'accueil des jeunes enfants - Édition 2025“, 2025, [Observatoire national de la petite enfance \(Onape\) | CAF – Caisse d'Allocations Familiales](#).

<sup>43</sup> INSEE, „Privation matérielle et sociale en 2025“.

<sup>44</sup> Fondation pour le Logement, „31<sup>ème</sup> rapport sur le mal-logement en France en 2026“, 2026.

<sup>45</sup> UNICEF-FAS, „Baromètre Enfants à la rue“, 2025.

einhergehende Belastung für die öffentlichen Finanzen mit den Verpflichtungen aus dem haushaltspolitischen Rahmen der EU vereinbar ist; die vom Rat am 21. Januar 2025 empfohlenen Reformen und Investitionen umzusetzen, die der Verlängerung des Anpassungszeitraums zugrunde liegen; unter Berücksichtigung der Fairness die finanzielle Tragfähigkeit des Rentensystems zu gewährleisten und seinen Beitrag zu Beschäftigung und Potenzialwachstum zu stärken; unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Ausgabenüberprüfungen die öffentlichen Ausgaben dauerhaft erheblich zu senken und effizienter zu machen; die Besteuerung von den Produktionsfaktoren auf Verbrauchs- und Umweltsteuern zu verlagern und gleichzeitig die Steuerausgaben und sozialpolitischen Steuervergünstigungen zu rationalisieren und zu reduzieren; die Komplexität der Verwaltung zu verringern, indem Überschneidungen bei den Zuständigkeiten beseitigt werden, und dadurch die Ausgabeneffizienz zu steigern; die Verwaltungskapazitäten zu stärken und die Raumplanung in den Gebieten in äußerster Randlage zu verbessern;

2. die Kontinuität der im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität durchgeführten Reformen und Investitionen zu gewährleisten; die Umsetzungsdynamik im Rahmen der kohäsionspolitischen Programme aufrechtzuerhalten und hierzu gegebenenfalls auf Mittelumschichtungen zugunsten strategischer Prioritäten und Flexibilitäten im Rahmen der Halbzeitüberprüfung des kohäsionspolitischen Rahmens zu setzen;
3. die nationalen Rechtsvorschriften weiter zu vereinfachen, Verwaltungsaufwand und regulatorische Beschränkungen für Unternehmen, insbesondere im Bau- und Dienstleistungssektor zu verringern sowie Hindernisse für den freien Warenverkehr zu beseitigen; die FuE-Intensität von Unternehmen durch eine gezieltere Ausrichtung öffentlicher Förderregelungen, die Unternehmen FuE-Anreize bieten, zu stärken und die Verbreitung von Innovationen zu fördern, indem die einschlägige öffentliche Unterstützung – insbesondere die finanzielle Unterstützung für Scale-ups und disruptive Innovationen – durch einen mehrjährigen Investitionsplan aufrechterhalten und Investitionen von institutionellen Anlegern und Kleinanlegern in Kapitalbeteiligungen gefördert werden; die Ökosysteme, die die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen fördern, wirksamer zu gestalten; die Digitalisierung von KMU zu verbessern, unter anderem durch die Erhöhung der Wirksamkeit bestehender öffentlicher Fördermaßnahmen; die Diversifizierung und Beschäftigung in Gebieten, die vom industriellen Wandel betroffen sind, zu fördern;
4. die Dekarbonisierung des Verkehrssektors zu beschleunigen, indem Hindernisse beseitigt und Anreize geschaffen werden, um die Nachfrage nach und das Angebot an emissionsarmen Verkehrsträgern und Fahrzeugen zu steigern; die Energieeffizienz von Gebäuden zu erhöhen und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu verringern, indem für eine stabile und vorhersehbare Unterstützung mit besonderem Schwerpunkt auf ehrgeizigen Renovierungen und finanziell schwächeren Haushalten gesorgt wird; die Umsetzung von Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien durch eine weitere Straffung der Genehmigungsverfahren zu beschleunigen; die nachfrageseitige Flexibilität und Speichertechnologien zu fördern sowie ausreichende Investitionen in die Stromnetzkapazität und in grenzüberschreitende Verbindungsleitungen zu gewährleisten; die Elektrifizierung von Endverwendungen mit Schwerpunkt auf emissionsintensiven Sektoren zu beschleunigen; die Wasserbewirtschaftung zu verbessern, um dem konkurrierenden Bedarf wasserintensiver Sektoren besser gerecht zu werden, angemessene Investitionen in die Wasserinfrastruktur, insbesondere in den Gebieten in äußerster

Randlage, zu gewährleisten und die Wasserqualität vor Verschmutzung durch Landwirtschaft und Industrie zu schützen;

5. den Fachkräftemangel durch Abstimmung der Aus- und Weiterbildung auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes, auch auf territorialer Ebene, anzugehen und die Schüler- und Studierendenzahl in MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) zu erhöhen; die Integration in den Arbeitsmarkt zu verbessern, indem Hindernisse für die Ausbildung und Beschäftigung junger Menschen beseitigt werden und der Zugang zu Weiterbildungen für geringqualifizierte und ältere Arbeitskräfte ausgeweitet wird; die Bildungsergebnisse zu verbessern und Ungleichheiten im Bildungswesen abzubauen; den Lehrberuf, unter anderem durch Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Erstausbildung und Weiterbildung von Lehrkräften, aufzuwerten; Erwerbstätigen- und Kinderarmut zu verhindern und zu verringern, indem Hindernisse für die Erwerbstätigkeit und für eine dauerhafte Beschäftigung, insbesondere für Eltern, beseitigt werden, der Zugang zu hochwertiger frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung für die am stärksten benachteiligten Haushalte verbessert wird und territoriale Unterschiede beim Zugang zu Dienstleistungen, insbesondere zur Gesundheitsversorgung, verringert werden.

Geschehen zu Brüssel am

*Im Namen des Rates  
Der Präsident /// Die Präsidentin*